

Stand: 23.02.2026 01:35:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/756

"Endlich Schulgeldfreiheit für Physiotherapeuten und andere Heilmittelerbringer realisieren!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/756 vom 20.03.2019
2. Beschluss des Plenums 18/1072 vom 21.03.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 21.03.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Margit Wild, Ruth Müller und Fraktion (SPD)**

Endlich Schulgeldfreiheit für Physiotherapeuten und andere Heilmittelerbringer realisieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich dafür zu sorgen, dass in den Schulen der Heilmittelerbringer und anderer nicht-ärztlicher Therapieberufe kein Schulgeld von den Schülerinnen und Schülern mehr erhoben werden muss. Die im laufenden Sommersemester von den Schülerinnen und Schülern bezahlten Schulgelder müssen durch die Staatsregierung zurückerstattet werden.

Begründung:

Die Berufe der Heilmittelerbringer und nichtärztlichen Therapieberufe wie Physiotherapie, Ergotherapie, Podologie oder Masseur bzw. medizinischer Bademeister sind unverzichtbarer Bestandteil der medizinischen Versorgung. Die Jahresbruttoeinkommen von Vollzeit berufstätigen Heilmittelerbringern liegen mit etwa 35.000 Euro unter dem Jahresschnittseinkommen für alle Berufsgruppen. Trotzdem müssen Schülerinnen und Schüler an den Ausbildungseinrichtungen für Heilmittelerbringer Schulgeld in substantieller Höhe entrichten. So sind von insgesamt 41 Berufsfachschulen für Physiotherapie in Bayern nur zehn schulgeldfrei. Die Höhe des monatlichen Schulgelds liegt zwischen 300 und 400 Euro (Drs. 17/10477). Pro Ausbildungsjahr können daher bis zu 5.000 Euro an Schulgeld fällig werden, über die gesamte Ausbildungsdauer summieren sich die Ausbildungskosten auf bis zu 30.000 Euro. Dabei kann nach Auffassung der Staatsregierung eine kostenlose Ausbildung die Attraktivität für Schulabgänger erhöhen (Drs. 17/21913). Dies ist auch dringend nötig, da Stellen in der Physiotherapie deutschlandweit im Durchschnitt 144 Tage vakant sind und die Vakanzezeit damit um 44 Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt aller Berufe liegt. Im Vergleich zur Situation von 2016 hat sich die Engpasssituation im Jahr 2017 deutlich verschärft (Drs. 17/21280).

In ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drs. 17/21280 forderte die CSU-Fraktion am 22.03.2018 die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Schulgelds in den Gesundheitsfachberufen einzusetzen. In ihrem Koalitionsvertrag haben sich CSU und FREIE WÄHLER darauf verständigt, in Bayern als erstem Land das Schulgeld für die Ausbildungen der Heilmittelerbringer abzuschaffen. Im August 2018 kündigte Ministerpräsident Dr. Markus Söder nach einem Kabinettsbeschluss an, dass das Schulgeld ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/2019 entfallen soll. Mit dem sogenannten Pflegebonus übernimmt der Freistaat Bayern seit dem Schuljahr 2013/2014 für die privaten beruflichen Schulen in den Bereichen Altenpflege, Altenpflegehilfe, Sozialpädagogik (Erzieherinnen und Erzieher), Kinderpflege, Heilerziehungspflege und Heilerziehungspflegehilfe die Ausbildungskosten. Private Schulträger für die Ausbildung in nichtärztlichen Therapieberufen erhalten keinen Pflegebonus.

Die im Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 vorgesehenen Mittel für den Schulgeldausgleich von Heilmittelerbringern und anderen nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen (Kap. 05 04 Tit. 684 21 bis 684 29) reichen nach übereinstimmender Aussage der Schulbetreiber nicht annähernd aus, um auch tatsächlich eine Schulgeldfreiheit sicherzustellen. Dafür wären Mittel in doppelter oder dreifacher Höhe erforderlich. Außerdem können die Haushaltsmittel frühestens ab dem Wintersemester 2019/2020 zur Reduktion bzw. Abschaffung des Schulgelds eingesetzt werden. Dadurch bleiben jene Schülerinnen und Schüler, die sich auf die Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder vom August 2018 verlassen haben, auf erheblichen Ausbildungskosten sitzen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Margit Wild, Ruth Müller und Fraktion (SPD)

Drs. 18/756

Endlich Schulgeldfreiheit für Physiotherapeuten und andere Heilmittelerbringer realisieren!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold
III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Christina Haubrich

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ruth Müller

Abg. Andreas Winhart

Abg. Matthias Fischbach

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo

Abg. Julika Sandt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)
Endlich Schulgeldfreiheit für Physiotherapeuten und andere Heilmittelerbringer realisieren! (Drs. 18/756)

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten Sie noch Aussprachebedarf haben, so machen Sie das bitte außerhalb des Plenarsaals. Ansonsten bitte ich Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen. – Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Waldmann. Bitte sehr, Frau Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es wirklich mit einem ernsten Thema zu tun. Sie alle wissen, dass kurz vor der Wahl ein recht vollmundiges Versprechen abgegeben wurde, das auch dringend nötig war, nämlich dass Physiotherapeuten und andere Heilmittelerbringer künftig vom Schulgeld befreit und entlastet werden.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte stellen Sie die Gespräche ein!

Ruth Waldmann (SPD): Jetzt ist ein Angebot vorgelegt worden, das mit dem eigentlichen Bedarf nichts zu tun hat. Die Schulen mussten im November vergangenen Jahres beim Ministerium Bedarfsberechnungen abgeben. Sie haben gedacht, dass das die Grundlage für die künftige Finanzierung ist. Das wurde aber beiseitegelegt. Dann gab es ein erstes Angebot mit sehr mageren 150 Euro pro Schüler und Monat. Jetzt ist etwas nachgebessert worden. Aber nach allem, was ich von den Schulen höre – ich habe gerade heute noch mal massiv Zuschriften bekommen –, reicht das hinten und vorne nicht aus, um den Bedarf zu decken. Das Versprechen war – wir sind oben in dieser Physiotherapiekonferenz beieinander gesessen –, dass auf keinen Fall am

Umfang und der Qualität dieser Ausbildung gespart werden darf; denn das sind ganz wesentliche Mitversorger in unserem Versorgungssystem.

(Beifall bei der SPD)

Ohne die Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Podologen, Medizinisch-technischen Assistenten, Diätberater usw. kommen wir mit unserem Gesundheitssystem nicht zu rechtfertigen. Das sind Mangelberufe. Das sind außerdem Berufe, in denen man nicht wahnsinnig gut verdient, sodass sich dieses Schulgeld in besonderer Weise negativ niederschlägt.

Es gibt nur wenige schulgeldfreie Schulen in Bayern. Die Ausbildungskosten belaufen sich nach dem, was wir an Rückmeldungen bekommen haben, oft auf zwischen 300 und 400 Euro im Monat. Da kommen schnell Ausbildungskosten von 5.000 Euro im Jahr oder 30.000 Euro für die gesamte Ausbildung zusammen.

Die Schulen haben sich bis gestern Abend entscheiden müssen, ob sie statt des Schulgeldes diesen staatlichen Bonus annehmen wollen. Das ist ein Angebot – das ist ein bisschen wie in diesem Krimi "Der Pate" –, das man nur schwer ablehnen kann. Das reicht zwar nicht zum Überleben, aber wie sollen denn die Schulen ihren Schülern erklären, dass sie diesen Bonus vom Staat nicht nehmen, sondern weiterhin das Schulgeld erheben, weil ihnen das Geld nicht reicht? Was passiert dann, wenn man das nicht annimmt und weiterhin Schulgeld erheben muss? – Dann gehen die Schüler und Schülerinnen natürlich zu anderen Schulen. Es gibt schon erste Schulen, die angekündigt haben, sie können mit diesem Geld nicht auskommen, werden weiterhin Schulgeld erheben und müssen damit rechnen, dass sie schließen müssen, weil die Schüler dann natürlich mit den Füßen abstimmen.

Das ist keine seriöse Grundlage. Es ist auch nicht fair und entspricht nicht dem, was Sie angekündigt haben. Was wir an Änderungsanträgen aus dem Koalitionsvertrag gesehen haben, die passenderweise an einem Trauerrand erkennbar sind und nur eine Million draufsatteln, reicht uns vorne und hinten nicht aus. Bitte stehen Sie zu diesem

Versprechen. Wir brauchen die Heilmittelerbringer, die Physiotherapeuten und anderen nichtmedizinischen Therapieberufe, dringend. Lassen Sie die Schulen hier nicht im Regen stehen. Es kann auf keinen Fall bei diesem nicht auskömmlichen Betrag bleiben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gesundheitsbereich ist der Fachkräftemangel sicherlich die aktuell größte Herausforderung. Das gilt sowohl im pflegerischen Bereich als auch im ärztlichen Bereich. Das gilt für die Hebammen. Das gilt für die medizinischen Fachangestellten. Aber es gilt auch und gerade für die Heilmittelerbringer. Meine Fraktion hat hierzu in der letzten Periode jeweils eine Vielzahl von Vorschlägen erarbeitet, wie hier sinnvoll und effektiv gegengesteuert werden kann. Das Hohe Haus, wir alle, haben diese dann allesamt beschlossen. Die Heilmittelerbringer, also Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Diätassistenten, Podologen, die medizinischen Bademeister, Masseure, die PTAs und MTAs, stehen hier leider viel zu wenig im Fokus. Dabei ist ihre Situation nicht selten dramatisch. Inzwischen bleiben offene Stellen in Bayern 180 Tage unbesetzt.

Hier liefert der Dringlichkeitsantrag, den wir gerade beraten, leider falsche und veraltete Zahlen. Das ist symptomatisch für den gesamten Antrag. Er ist in Gänze überholt. Er hat die Entwicklungen der letzten Tage, Wochen und Monate offenbar völlig verpasst. Gerade der letzte Absatz Ihrer Begründung ist komplett falsch.

Lassen Sie mich daran erinnern, was in den letzten Monaten alles passiert ist: Wir haben hier im Hohen Haus insgesamt zehn Anträge beraten und beschlossen, die unsere Vorschläge zusammengefasst haben. Wir haben die Heilmittelerbringer gestärkt.

Wir wollen damit das Gesundheitssystem entlasten. Wir wollen den Patientinnen und Patienten helfen. Um die geht es letztlich: um die Patientinnen und Patienten.

Heilmittelerbringer sind ein ganz wichtiger Bereich der gesundheitlichen Versorgung – hier gebe ich der Frau Kollegin Waldmann ausdrücklich recht. Das Filetstück aber, das wichtigste Element, ist die Schulgeldfreiheit. Der Bund hat dieses Problem ebenfalls erkannt und zugesagt, diese im Laufe dieser Legislaturperiode, also im Bund bis spätestens 2021, einzuführen. So steht es im Koalitionsvertrag von CSU, CDU und SPD auf Bundesebene. Am 18. September 2018 hat deshalb der bayerische Ministerrat beschlossen, dies zu beschleunigen und für den Bund in Vorleistung zu gehen. In Bayern – das war der Beschluss von damals – wird die Schulgeldfreiheit zum Schulhalbjahr 2019, also ab 18. Februar 2019, eingeführt. Das ist ein enorm wichtiger Schritt, gerade wenn man die Heilmittelerbringer mit anderen Gesundheitsfachberufen vergleicht. So liegt der Verdienst von Krankenpflegern in Vollzeit im Schnitt bei etwa 3.300 Euro brutto im Monat, bei Altenpflegern bei etwa 2.800 Euro und bei Heilmittelerbringern bei etwa 2.300 Euro im Monat, also um 1.000 Euro niedriger als bei Krankenpflegern. Aber während es bei den Krankenpflegern und den Altenpflegern schon lange kein Schuldgeld mehr gibt, sondern sogar eine Ausbildungsvergütung, müssen Heilmittelerbringer noch Schulgeld bezahlen. Auf dieser Grundlage fällt es schwer, junge Leute für diesen Beruf zu begeistern und den eklatanten Mangel an den so wichtigen und dringend benötigten Heilmittelerbringern abzumildern. Deshalb muss die Schulgeldfreiheit kommen, und die Schulgeldfreiheit kommt. Eigentlich ist sie schon da; denn den Schülerinnen und Schülern wird das Geld rückwirkend zum 18. Februar erstattet werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum rückwirkend? – Wir müssen dazu den Haushalt beschließen. Das wird Mitte Mai hier im Hohen Haus geschehen. Dann wird der sogenannte Gesundheitsbonus für die Berufsfachschulen der Heilmittelerbringer rückwirkend eingeführt. Im Gegenzug er-

heben dann die Schulen kein Schuldgeld mehr. Es wird den Schülerinnen und Schülern also zurückerstattet.

Die große Frage der letzten Wochen und Monate war, wie hoch dieser Gesundheitsbonus ausfallen soll. Er soll schließlich die Schulen in die Lage versetzen, auf Schuldgeld zu verzichten, ein Schulgeld, das von Schule zu Schule unterschiedlich ist. Eine schulindividuelle Abrechnung wäre ein bürokratischer Aufwand, der einfach nicht zu leisten ist. Zudem muss eine solche schulindividuelle Abrechnung, mit der die Schule das Schulgeld bekommt, das sie bisher erhebt, nicht unbedingt gerecht sein. Wir brauchen deshalb eine generelle Lösung, um die die Staatsregierung, insbesondere das Kultusministerium, in den letzten Wochen sehr intensiv gerungen hat, übrigens im engen Austausch mit den Schulträgern. Ich möchte an dieser Stelle insbesondere dem Amtschef des Kultusministeriums, Ministerialdirektor Herbert Püls, für sein segensreiches Wirken ein herzliches Dankeschön sagen, ebenso der Amtschefin des Gesundheitsministeriums, Frau Ministerialdirektorin Ruth Nowak, die sich ebenfalls immer wieder eingeschaltet hat.

Was herausgekommen ist, kann sich wirklich sehen lassen: Der Freistaat wird in diesem Jahr mehr als 22 Millionen Euro für diesen Zweck aufwenden. Im nächsten Jahr sind es mehr als 24 Millionen Euro. Im Doppelhaushalt insgesamt sind es also mehr als 46 Millionen Euro. Das ist in der Tat eine beachtliche Hausnummer.

Sie sehen: Die einen stellen Dringlichkeitsanträge, die anderen, inklusive Kultusminister Piazolo, arbeiten mit Hochdruck und großer Ernsthaftigkeit an einer Lösung, die für alle gut ist. Was wir erreicht haben, kann sich sehen lassen. Der Praxistest steht noch aus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind seit Jahrzehnten an der Regierung! – Tobias Reiß (CSU): Das macht auch Spaß!)

Wenn sich zeigt, dass wir etwas übersehen haben, dass es Fehlsteuerungen gibt, könnte und müsste im Nachtragshaushalt 2020 nachgesteuert werden.

In den letzten Wochen und Monaten hat die Staatsregierung versucht, ein möglichst gerechtes Modell zu finden, das den Schulen jeweils ausreichende finanzielle Mittel zukommen lässt, ohne die wegfallenden Schulgelder überzukompensieren.

Lieber Herr Halbleib, zu diesem ehrlichen Ringen trägt der Antrag der SPD nichts, aber auch gar nichts bei. Im Gegenteil: Er wirkt seltsam uninformiert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie hätten das schon längst tun können!)

Er enthält keinerlei konkreten Vorschlag, als hätten Sie sich nicht einmal die Mühe gemacht, den aktuellen Verhandlungsstand zu verfolgen.

(Beifall bei der CSU)

Uns bleibt deshalb gar nichts anderes, als Ihren Antrag abzulehnen. Eigentlich müssten Sie nach meiner Erklärung Ihren Antrag selbst ablehnen oder besser noch zurückziehen. Er hat sich nämlich in voller Länge und Breite erledigt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es ist das Gleiche wie 2013! Da haben wir Sie auch schon zum Jagen tragen müssen, bis Sie das Schulgeld abgeschafft haben!)

Deswegen bitte ich Sie, es genauso zu tun. Auch wenn sich der Herr Halbleib jetzt nicht beruhigt, bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Scheinheiliges Gerede!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Seidenath. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Ich gebe zunächst bekannt, dass die SPD-Fraktion für den Dringlichkeitsantrag 18/756 – das ist der, den wir gerade beraten – namentliche Abstimmung beantragt hat.

Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Ruth Waldmann (SPD): Das kann ich natürlich auf gar keinen Fall so stehen lassen. So geht es nicht. Wir haben sämtliche Schulen in Bayern angeschrieben. Wir haben uns die Bedarfe auch nennen lassen. Ich nehme an, dass sie Ihnen vorliegen. Diese sind im November beim Ministerium eingereicht worden. Was bitte sagen Sie den Schulen, die sagen: Das ist für uns nicht auskömmlich, damit kommen wir nicht zu recht, wir wissen jetzt nicht, was wir machen sollen?

Man musste übrigens auch ganz schnell entscheiden. Man musste sich bis gestern Abend entschieden haben nach der Methode "Vogel friss oder stirb". Das ist für uns nicht auskömmlich. Wenn Sie den Verhandlungsstand kennen und mit den Schulen in Kontakt sind, wissen Sie, dass es viele Schulen gibt, insbesondere kleinere, mit kleineren Klassen, in denen der jeweilige Betrag abgespeckt vorgesehen ist. Wie sollen diese Schulen zurechtkommen? Woher sollen sie das Geld nehmen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Seidenath, bitte.

Bernhard Seidenath (CSU): Frau Kollegin Waldmann, zunächst einmal muss ich sagen – Herr Halbleib hat sich sehr aufgeregt –, dass der Bund diese Schulgeldfreiheit einführen will und sich nicht in der Lage sieht, dies vor 2021 zu machen. Wir sind im Bund Koalitionspartner. Da hätten Sie auch wirken können und dies mit beschleunigen können.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind seit Jahr und Tag verantwortlich!)

Zum Zweiten: Es ist ein veritables Problem – das will ich nicht verschweigen –, dass die Schulen auskömmliche Schulgelder brauchen und einen Gesundheitsbonus in einer Höhe brauchen, der für die Schulen auskömmlich und ausreichend hoch ist. Das ist keine Frage. Was passiert, wenn er nicht ausreichend hoch ist? – Dann werden die Schulen geschlossen, und wir haben Steine statt Brot. Wir brauchen dringend junge Heilmittelerbringer. Wir brauchen Nachwuchs bei den Physiotherapeuten, weil offene Stellen fast ein halbes Jahr unbesetzt bleiben. Deswegen ist das eine große Frage, wie der Gesundheitsbonus ausgestaltet ist.

Aber man kann nicht einfach sagen: Wir geben so viel, wie ihr fordert. Das Ministerium muss da natürlich draufschauen. Wir müssen darauf achten, mit unseren Steuereinnahmen vernünftig und korrekt umzugehen.

Herausgekommen ist ein Kompromiss, der sich sehen lassen kann. Ich bin auch mit vielen Schulen in Kontakt, wie wir wahrscheinlich alle. Wir haben zu Recht Briefe von den Schülerinnen und Schülern bekommen. Wir halten Wort, dass wir rückwirkend zum 18. Februar die Schulgeldfreiheit einführen. Das ist auch in einer Höhe passiert, die auskömmlich ist. Wir haben immer gesagt: 300 Euro pro Monat für Physiotherapeuten. Das ist entscheidend, und das wird eingehalten. Die anderen Berufsgruppen wie Masseure, Bademeister usw. haben ihre eigenen Beträge.

Ich glaube wirklich, dass wir mit einem großen finanziellen Aufwand – ich sage es noch einmal, 46 Millionen, das sind fast 40 Millionen mehr, als vor zwei Monaten im Haushalt standen – viel machen. Natürlich kann man sich noch mehr wünschen, das ist richtig. Wir können im Nachtragshaushalt auch nachsteuern. Aber ich glaube, das, was jetzt passiert ist, ist anerkennenswert. Die allermeisten Schulen sagen auch, dass ein faires Angebot auf dem Tisch liegt. Das ist ein guter Kompromiss für alle, mit dem wir diesen wichtigen Berufsstand weiter fördern. Es geht letztlich um diesen Berufsstand und um die Patientinnen und Patienten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke sehr, Herr Seidenath. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Christina Haubrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Wahlkampf 2018 hat die CSU den Schülerinnen und Schülern der Heilmittelberufe versprochen, dass der Besuch der Schulen für Physiotherapie, Podologie, Ergotherapie, Massage, Diätassistentenz sowie Pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten und Medizinisch-technische Assistentinnen und Assis-

tenten kostenlos sein wird. Dieses Versprechen war ein leeres Versprechen. Ihr sogenannter Gesundheitsbonus deckt die Kosten mitnichten ab. Ihr Versprechen war lediglich ein billiges Wahlkampfmanöver.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Seit Januar bekomme ich fast täglich Anrufe und Schreiben von wütenden Schülerinnen und Schülern, von Eltern und von privaten Trägern, die sich darauf verlassen haben, ab dem zweiten Halbjahr 2019 kein Schulgeld mehr bezahlen zu müssen.

Bis jetzt haben sich an den Schulen deutlich weniger Schülerinnen und Schüler als in den Jahren zuvor angemeldet, da sie lieber abwarten, bis sich die Situation endgültig klärt und was sie erwartet, welche Kosten sie im nächsten Schuljahr zu tragen haben. Das wiederum ist für die Schulen fatal, da sie ohne Schüler keine Einnahmequellen haben und somit nicht in der Lage sind, ihre Räumlichkeiten und ihr Lehrpersonal ordentlich zu bezahlen.

Die Folge ist, dass Schulen in privater Trägerschaft existenziell bedroht sind. Durch Ihr Vorgehen wird also genau das Gegenteil von dem erreicht, was eigentlich beabsichtigt war. Statt dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, der im Bereich der Heilmittelerbringer enorm ist, verschärfen Sie diesen noch. Ihre leeren Versprechen haben das verursacht. Wir brauchen diese Berufsgruppen dringend. Ihr Verhalten ist unverantwortlich und fliegt Ihnen jetzt zu Recht um die Ohren.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Selbst die Runden Tische mit den zuständigen Schulen haben nicht dazu geführt, dass Sie den Gesundheitsbonus so erhöhen, dass wirklich niemand auf den Kosten sitzen bleibt. Ganz offensichtlich hat es von Anfang an an einem Finanzierungskonzept gefehlt. Die Abstimmung mit den Schulen hat schlicht nicht stattgefunden. Es läuft nun darauf hinaus, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende auf den Kosten

sitzen bleiben und sich im schlimmsten Fall gegen eine Ausbildung entscheiden. Welch ein Hohn, wenn einem eine völlige Kostenübernahme versprochen wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen jetzt dringend eine schnelle Lösung für dieses Chaos. Das Schulgeld für die Heilmittelerbringer muss vollständig übernommen werden, wie Sie es versprochen haben.

Wir haben selbst einen Antrag zur Abschaffung des Schulgelds und Aufstockung des Gesundheitsbonus eingereicht. Darum werden wir auch dem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Haubrich.
– Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Antragsteller von der SPD, Sie erstaunen mich erneut. Sie stellen einen Antrag mit dem Hinweis auf ein Versprechen der Bayernkoalition und verschweigen dabei geflissentlich, dass genau das, was Sie fordern, Gegenstand des Koalitionsvertrages der Großen Koalition in Berlin ist. Es ist ein Versprechen, das Sie gegeben haben, aber bis heute nicht einlösen konnten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Bei Ablenkungsmanövern sind Sie spitze!)

Wir hier in Bayern halten das Wort, das Sie gegeben haben. Wir springen für Sie ein und sorgen dafür, dass die Schulen der Heilmittelerbringer und der nichtärztlichen Therapieberufe für die Schüler kostenlos sein werden. Das war natürlich nicht einfach umzusetzen – das ist überhaupt keine Frage.

Ich danke an dieser Stelle dem Kultusminister Prof. Piazolo, der in dieser Zeit wahrlich eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen hat, sich aber dennoch mit großer Akribie und Gründlichkeit auch diesem Thema gewidmet hat,

(Zuruf von den GRÜNEN: Der Arme!)

und das mit Erfolg. Davon können Sie nur träumen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit wir in diesem Hohen Haus nicht wie in einem Raumschiff theoretisieren, darf ich Ihnen von der SPD sagen, dass mein Kollege Dr. Hubert Faltermeier heute ein Schreiben von einer Praxis für Physiotherapie aus Bad Gögging bekommen hat – es handelt sich um das Reha-Zentrum "Passauer Wolf". Sie haben sich bedankt und gesagt: Endlich gibt es eine Lösung für ein Problem, das in der Tat seit längerer Zeit besteht. – Wir tun es. Sie reden, wir handeln!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Horst Arnold (SPD))

Herr Kollege Arnold, im Übrigen wundere ich mich schon. Die ganz normalen Abläufe sollten nach über zehn Jahren in diesem Parlament doch bekannt sein. Das Erste, was wir tun müssen und was dieses Hohe Haus hier tun kann, ist, das notwendige Geld, die notwendigen Finanzmittel im Haushalt zu verankern. Wann haben wir Haushaltsberatungen? – Nächste Woche. Ich hätte gedacht, dass entsprechende Haushaltssanträge kommen. – Nein, ein Dringlichkeitsantrag nach dem anderen kommt.

Diesmal fordern Sie nicht explizit Geld;

(Zurufe von der SPD)

das ist schon ein Fortschritt. In der letzten Woche haben Sie noch Schattenhaushalte gefordert. Diesmal kommt wenigstens eine konkrete Forderung, die man dann arbeits-technisch umsetzen kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie kommen

aber zu spät, denn was Sie fordern, ist bereits umgesetzt. Wir werden das mit Geld hinterlegen und werden auch hier beweisen, dass wir nicht nur reden, sondern handeln. Wir werden umsetzen, was Sie in Berlin umsetzen müssten und was wir hier in Bayern versprochen haben. Die Menschen werden uns das danken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Verkehrte Verhältnisse, Herr Pohl!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Frau Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte sehr.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Pohl, wissen Sie, dass dieser Antrag, den wir gestellt haben, deshalb zustande gekommen ist, weil sich die Schulen an uns gewandt haben, weil Sie und Ihre CSU-Kollegen nicht in der Lage waren, den Schülerinnen und Schülern ein auskömmliches Schulgeld zur Verfügung zu stellen?

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

Wenn Sie jetzt sagen, Sie hätten dazu beigetragen, das auskömmlich zu lösen, und eine Praxis für Physiotherapie würde sich jetzt bedanken, dann möchte ich Ihnen eines sagen: Das ist keine Praxis für Physiotherapie, sondern eine Physiotherapeutenschule, und ich lese Ihnen jetzt vor, was mir diese Physiotherapeutenschule geschrieben hat.

(Zuruf: Mir auch!)

Sie, sehr geehrte Frau Müller, haben durch Ihr großes Engagement einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass der Gesundheitsbonus diese signifikante Aufbesserung erhalten hat. Hierfür möchte ich mich im Namen des Schulträgers und der Lehrerschaft, aber vor allem im Namen der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern ganz herzlich bei Ihnen bedanken.

– Also bei mir.

(Unruhe)

Der PASSAUER WOLF Berufsfachschule für Physiotherapie Bad Gögging kann nun zuversichtlich nach vorne blicken und auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung von bestens qualifizierten Physiotherapeutinnen im Landkreis Kelheim und der Region leisten.

Herzlichen Dank noch einmal für Ihren Besuch, mit dem Sie eindrucksvoll Ihre Solidarität mit unserer Schule bewiesen haben.

(Alexander König (CSU): Wir sollten die Geschäftsordnung ändern und hier eine Lesestunde einführen!)

So ist nämlich die Realität, und so bedanken sie sich jetzt bei uns für unser Engagement.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Müller. – Herr Pohl, bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Frau Kollegin Müller, wenn ich alle Dankesschreiben hier vorlesen würde, die die FREIEN WÄHLER bekommen,

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Der war gut!)

dann würde diese Parlamentssitzung länger dauern als die zum Integrationsgesetz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat Herr Abgeordneter Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! So kontrovers, wie wir manchmal, vor allem auch heute, in diesem Haus diskutieren: Wenn es Lichtblicke bei der SPD gibt, unterstützen wir die gerne.

Die Schulgeldfreiheit für Heilmittelerbringer und nichtärztliche Therapieberufe wie Physiotherapeut, Ergotherapeut, Podologe oder Masseur muss schnell und umfänglich kommen. Darüber gibt es nichts zu diskutieren, und da stimmen wir Ihnen auch zu. Wenn sich Menschen dazu entscheiden, anderen Menschen zu helfen, müssen wir ihnen den Weg bereiten, die Befähigung dafür zu erlangen, und dürfen ihnen nicht mit Kosten Steine in den Weg legen.

Für ein reiches Land wie Bayern ist es eigentlich beschämend, dass berufliche Bildung gerade auch in diesen Bereichen noch nicht überall kostenfrei ist. Mit der immer mehr zur Altersgesellschaft verschobenen demografischen Entwicklung in Bayern werden wir mehr und mehr Menschen in diesen Berufen benötigen. Der Bedarf ist vorhanden, doch derzeit können wir eher einen Mangel in diesen Berufsgruppen feststellen.

Wir wissen alle, dass es auch mit einer Schulgeldfreiheit ein wenig dauern wird, bis der Bedarf wieder gedeckt werden kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die schon länger hier sitzen, warum haben Sie das Thema eigentlich nicht schon früher erledigt? Sind Sie irgendwann bei einer Fangoanwendung vielleicht eingeschlafen und haben so die Zeichen der Zeit verpennt?

(Beifall bei der AfD)

Wir haben im Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt schon einen Mittelansatz dafür, nachdem der Ministerpräsident dies vor der Wahl 2018 vollmundig versprochen hat. Wir werden der Staatsregierung sehr genau auf die Finger schauen, ob sie ihre Versprechungen einlöst, und vor allem, ob genug Geld eingeplant ist; denn wer etwas verspricht, der sollte es auch halten.

(Zuruf: Binsenweisheiten!)

Aber – wenn Sie uns noch einen Gefallen tun wollen –

(Zuruf: Nein!)

sorgen Sie nicht nur dafür, dass die Menschen, die uns in Bayern Gutes tun und unsere Gesundheit erhalten, eine kostenfreie Ausbildung erhalten, sondern zeigen Sie auch Verantwortung und kümmern Sie sich um ordentliche Arbeits- und Lebensbedingungen im Freistaat. Seien wir ehrlich: Der Physiotherapeut zum Beispiel lernt drei Jahre intensiv und arbeitet danach für nicht wirklich viel Geld. Nehmen wir an, seine Frau ist Erzieherin, die sich um unseren Nachwuchs, um unsere Kinder kümmert. Auch sie gehört nicht zu den Topverdienern, sie verdient nicht viel Geld. Wenn beide auch noch das Pech haben, in München zu wohnen – obwohl München eine schöne Stadt ist; Sie wissen selber, wie es ist, wenn trotz einer guten Ausbildung und wichtiger Jobs für die Gesellschaft das Geld fürs Leben nicht reicht, weil die Miete alles auffrisst – haben sie ein Problem.

Schlafen Sie bei der nächsten Fangobehandlung bitte nicht ein, sondern denken Sie darüber nach, wie wir diese Probleme bürgerlich lösen können. Wir tun das schon, weil wir den Bürgern zuhören.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD)

Sie werden es hoffentlich noch lernen, vielleicht sogar kostenlos. – Vielen herzlichen Dank und einen schönen Abend.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Winhart. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Matthias Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was ist das eigentlich für ein unwürdiges Schauspiel, liebe Regierung, das Sie hier in den letzten Monaten beim Thema Schulgeldfreiheit aufgeführt haben?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Erst machen Sie vollmundige Versprechungen vor der Wahl. Dann schreiben Sie es sogar im Koalitionsvertrag fest. Nur, was kommt dann? – Sie machen ein Angebot, bei dem viele sagen, dass sie es nur ablehnen können, zumindest dann, wenn man als private Berufsfachschule überleben möchte. Im Haushalt stellen Sie nicht genügend Geld ein, wollen sich aber jetzt sogar noch dafür feiern lassen, dass ein bisschen nachgebessert wird. Meine Damen und Herren, das kann es nicht sein. Das ist nur ein schwaches Trostpflaster.

Trotz des steten Drucks der Öffentlichkeit haben Sie immer noch keinen tragfähigen Kompromiss erreicht. In der Presse werden Sie aber anders zitiert, Herr Kollege Kreuzer. Wachen Sie einmal auf! Sie erzählen, es bestehe nun Einvernehmen mit den Schulträgern. – Ich sage Ihnen eines: Ich habe heute Morgen noch mit der DEB-Gruppe Kontakt gehabt, die hier schreibt, sie lehne diesen Kompromiss ab. Diese Gruppe vertritt ein Drittel der Berufsfachschulen in Bayern. Sie haben mitnichten ein Einvernehmen mit den Schulträgern erreicht. Erheben Sie hier doch nicht solche falschen Behauptungen; es ist nicht richtig. Die Schülerinnen und Schüler in Bayern haben Ihnen vertraut, aber was sie jetzt erleben, ist ein fatales Signal. Sind Ihnen Physiotherapeuten, Logopäden und alle, die sich um unsere Gesundheit in Bayern kümmern, nicht wichtiger als ein fauler Kompromiss? Sie zahlen in jedem Jahr ein hohes Schulgeld und müssen danach noch Fortbildungen bezahlen. Bei der Abschaffung der Studiengebühren, die deutlich niedriger lagen, waren Sie deutlich konsequenter und schneller dabei. Bei diesen finanziellen Belastungen sind Sie ganz langsam und warten. Das ist kein fairer Zustand.

(Beifall bei der FDP)

Anstatt mit der Abschaffung des Schulgeldes die Attraktivität dieser Berufe zu steigern und die Schülerinnen und Schüler zu entlasten, haben Sie die Schulträger in die Zwickmühle gebracht. Das erste Angebot, das den freien Trägern gemacht worden ist, war eine Hiobsbotschaft. Jetzt haben Sie nachgebessert – das ist richtig –, aber es bleibt ungenügend.

Mit der Annahme dieses Angebots würden sich die Schulen zumindest zum Teil in ein finanzielles Fiasco begeben, und man könnte, ehrlich gesagt, auch ein wenig den Eindruck bekommen, dass Sie mit dieser Konstruktion, die vielleicht bei manchen so halb tragen mag, nur Zeit schinden wollen, bis die Bundesregierung endlich nachbessert. Aber ich sage Ihnen eines: Für diesen Trippelschritt, den Sie gemacht haben, brauchen Sie keinen Applaus zu erwarten.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das ist ein Trauerspiel. Das sparen Sie sich bitte in Zukunft!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Fischbach. – Nun hat sich Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazolo zu Wort gemeldet.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Einzige, was jetzt vonseiten der Opposition richtig gesagt wurde, ist, dass die Gesundheitsberufe eine hohe Bedeutung haben, dass wir sie hoch einschätzen und deshalb als Regierung und insgesamt alles Mögliche tun, um sie zu entlasten.

Zweitens ist richtig, dass es ein Versprechen der Bundesregierung gibt – dazu gehört übrigens auch die SPD –, dass diese Kosten von der Bundesregierung – so steht es im Koalitionsvertrag – übernommen werden. Wir haben das als Koalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU auch in den Koalitionsvertrag geschrieben. Nun überlegen Sie einmal, wann die jeweiligen Koalitionsverträge geschlossen wurden und wann ein

solches Versprechen umgesetzt wird. Wir hier in Bayern sind wesentlich schneller und verlässlicher, als Sie es in Berlin sind, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Nun zur Entwicklung: Dieser Koalitionsvertrag ist im November geschlossen worden. Die erste Möglichkeit, rein faktisch Geld zu geben, besteht mit diesem Haushalt, und das werden wir mit diesem Haushalt tun; und dieser Haushalt ist ein Haushalt des Parlaments. Das Parlament ist der Haushaltsgesetzgeber und wird entscheiden, und das wird im Mai geschehen. Im Mai werden wir hier gemeinsam – ich hoffe, auch mit Ihren Stimmen; ich bin mir nicht sicher – über den Gesundheitsbonus entscheiden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben ja schon mal nachgebessert!)

– Ja, natürlich haben wir nachgebessert, selbstverständlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja, ich rede von der Staatsregierung!)

– Schauen Sie es sich doch einmal genauer an, wie es geschehen ist! Es sind Verhandlungen. Zu einem Haushalt kommt man nicht an einem Tag, sondern es geht darum, zu verhandeln, und das haben wir – im Gegensatz zu Ihnen – mit den einzelnen Schulträgern getan.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir haben jetzt die dritte Verhandlungsrounde mit einem aus meiner Sicht sehr auskömmlichen Angebot, und – auch dies noch zur Klarstellung – worum es bei der Rückmeldung der Schulen geht, das ist nicht das endgültige Annehmen eines Angebots, denn dieses wird erst mit Abschluss der Haushaltsverhandlungen wirksam, sondern wir haben in den Verhandlungen verschiedene Modelle vorgestellt, die aufgrund einer bestimmten Rechnung nachher möglicherweise zu wählen sind. Das heißt, wir sind mit den Schulen im Gespräch, was für sie das beste Modell ist. Genau darum geht es,

dieses beste Modell auszusuchen. Insofern bitte ich darum, die Fakten richtig darzustellen, wenn Sie Dringlichkeitsanträge stellen. Wir arbeiten seit Wochen daran – in gegenseitiger Absprache und in Absprache mit den Schulen –, ein auskömmliches Angebot zu machen.

Was ich ebenfalls besonders betonen will, weil es auch ein Anliegen der Schulen bzw. ein Versprechen war: Wir werden nicht nur eine Pauschale für die Freistellung der Schulen in Zukunft zur Verfügung stellen, sondern rückwirkend ab Februar. Das ist eine Besonderheit. Damit wird ein Versprechen eingelöst, das gegeben worden ist, auch vom Ministerpräsidenten, und das mehr als großzügig ist: rückwirkend zu handeln und die Schulen freizustellen. Das ist ein großer Akt, der, wie bereits vom Kollegen Seidenath gesagt wurde, bei deutlich über 40 Millionen Euro liegt.

In diesem Kontext noch ein kleiner Hinweis an die FDP, da sie auf die Studiengebühren verweisen: Sie waren damals in der Regierungsverantwortung, als es darum ging, die Studiengebühren abzuschaffen,

(Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

und Sie waren diejenigen, die sich mit aller Macht bis zum Schluss gewehrt haben und immer noch für Studiengebühren sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie brauchen nun wirklich nicht das Wort zum Schulgeld zu ergreifen. Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren: Haushaltsverhandlungen sind immer ein Prozess. Hier geht es um den Anschluss an den Pflegebonus, bei dem der Prozess übrigens auch eine Weile gebraucht und zu einem guten Ergebnis geführt hat, das über 90 % der Schulen mit Freude angenommen haben. Dieses Ergebnis werden wir auch beim Gesundheitsbonus erzielen mit einem Angebot, das weit über dem liegt, was ursprünglich vorgesehen war. Dabei haben wir uns als Regierung insgesamt in den Ver-

handlungen sehr bewegt, und ich bin sicher, dass es auch vom Großteil der Schulen angenommen werden wird.

Lassen Sie uns gemeinsam im Haushalt darüber entscheiden, und dann wird es für Sie die Nagelprobe, ob Sie mitgehen oder nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Staatsminister. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor, zunächst von Frau Kollegin Ruth Waldmann, SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, darf ich das so verstehen, dass die Sache noch gar nicht entscheidungsreif ist, sondern dass die Schulen, die sagen, dass sie bislang mit dem Angebot nicht zureckkommen und es für sie nicht auskömmlich ist, auf einen weiteren Nachschlag hoffen können?

Vorhin wurde übrigens von einem Ihrer Fraktionskollegen gesagt: Dabei müssen Sie nur genauer schauen. – Selbstverständlich haben wir auch einen Haushaltsantrag dazu gestellt, der deutlich über dem liegt, was jetzt an Nachbesserungen auch durch die Koalitionsfraktionen vorgelegt wurde. – Das nur zur Information.

Dürfen sich die Schulen jetzt Hoffnung machen, dass sie weiterverhandeln und schon in dieser Runde zu einem besseren Angebot kommen können?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Danke für die Frage. Es geht bei den Verhandlungen im Moment nicht nur um ein Mehr oder Weniger, sondern es geht um die Art der Ausgestaltung.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Nein. Genau das merkt man auch an Ihrem Antrag: dass Sie überhaupt nicht wissen, worum es in den Verhandlungen geht.

(Beifall bei der CSU)

Es geht im Moment nicht darum. Nein, es geht darum, dass mit den Schulen intensive Gespräche stattfinden, und zwar nicht nur über die Höhe, sondern auch über das jeweilige Modell. Hierzu gibt es auch ganz unterschiedliche Vorstellungen der Schulträger.

(Ruth Waldmann (SPD): Und welche?)

Wir müssen uns aber auf ein Modell einigen. Wir können nicht für jede Schule ein eigenes Modell entwickeln. Genau darum geht es: zusammen mit den Schulen ein Modell zu entwickeln, das möglichst für alle am besten taugt, um es einmal so auszudrücken; und genau das geschieht in den Verhandlungen. Es geht um die Klassenstärken: Wird nach Klassen oder nach Personen bezahlt? Gestalten wir es unterschiedlich nach den einzelnen Berufsgruppen? All diese Spezialfragen sind in unterschiedliche Modelle gegliedert. Darum geht es im Moment.

Es ist ebenfalls bereits vorher angeklungen, dass es auch darum geht, deutlich zu machen, was überhaupt der Bedarf ist. Auch darüber ist diskutiert worden. Es wird auch eine Evaluation geben. Es gibt auch die Möglichkeit des Nachlegens. Genau an diesen Dingen sind wir dran und verhandeln. Die Bereitschaft der Schulen, gemeinsam zu einem guten Ergebnis zu kommen, ist sehr, sehr groß. Im Moment finden sehr, sehr gute Verhandlungen statt. Ein solcher Dringlichkeitsantrag – das sage ich auch ganz deutlich – trägt nicht dazu bei, dass die Verhandlungen in irgendeiner Weise besser werden. Das ist eher Sperrfeuer. Wir sind schon sehr, sehr weit gekommen. Dies als Antwort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP.

Julika Sandt (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Ich möchte Ihnen schon noch einmal ins Gedächtnis rufen, dass wir wie damals, als es um die Studienbeiträge ging, gesagt haben, dass zunächst ein Einstieg in die Kostenfreiheit bei der frühkindlichen Bildung geschafft werden muss. Wir haben gesagt, dass wir den Meisterbonus einführen. Wir haben auch gesagt, dass wir bei den Schulen die Kosten reduzieren müssen, und sind in die Kostenfreiheit eingestiegen. Die Koalition wäre beinahe geplatzt, weil wir zur Bedingung gemacht haben, dass man nicht einseitig an der Spitze, wo es nachgelagerte Studienbeiträge gibt, wo es zinsfreie Darlehen gibt, wo es Stipendien gibt, anfängt, eine Kostenfreiheit einzuführen, statt in anderen Bereichen. Wir haben dafür gekämpft, dass mit der Abschaffung der Studienbeiträge auch die Kostenfreiheit in allen anderen Bereichen verstärkt eingeführt wird.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Ich darf zurückfragen: Hat die FDP es damals geschafft, den Pflegebonus einzuführen? Hat die FDP es geschafft, den Gesundheitsbonus einzuführen? – Nein. Ich glaube nicht, dass das damals passierte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das macht aber die jetzige Koalition. Insofern sind wir da weiter.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Die Urnen werden bereitgestellt. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16:52 bis 16:57 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis der Abstimmung wird in wenigen Minuten bekannt gegeben. Bis dahin ist die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 16:57 bis 16:59 Uhr)

Ich gebe nun die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu den in den letzten eineinhalb Stunden beratenen Dringlichkeitsanträgen bekannt.

Zunächst ging es um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Artenvielfalt in Bayern erhalten", Drucksache 18/755. Mit Ja haben 20 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 149 gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Da ist noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Endlich Schulgeldfreiheit für Physiotherapeuten und andere Heilmittelerbringer realisieren!", Drucksache 18/756. Mit Ja haben 74, mit Nein haben 93 Abgeordnete gestimmt. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Die weiteren Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/757 mit 18/760 sowie 18/989 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Nachmittag und Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:00 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.03.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Endlich Schulgeldfreiheit für Physiotherapeuten und andere Heilmittelerbringer realisieren! (Drucksache 18/756)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin				Fehlner Martina			
Aigner Ilse	X			Fischbach Matthias	X		
Awanger Hubert	X			Flierl Alexander		X	
Arnold Horst	X			Flisek Christian			
Aures Inge	X			Franke Anne			
Bachhuber Martin	X			Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Friedl Hans		X	
Bauer Volker				Friedl Patrick	X		
Baumgärtner Jürgen	X			Fuchs Barbara	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Füracker Albert		X	
Bayerbach Markus	X			Ganserer Markus (Tessa)			
Becher Johannes	X			Gehring Thomas		X	
Becker Barbara				Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten		X	
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun				Güller Harald		X	
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X			Häusler Johann		X	
Busch Michael				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne	X			Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hanisch Joachim		X	
Demirel Gülsen		X		Hartmann Ludwig		X	
Dorow Alex				Hauber Wolfgang		X	
Dremel Holger		X		Haubrich Christina		X	
Dünkel Norbert	X			Henkel Uli		X	
Duin Albert	X			Herold Hans		X	
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herrmann Florian		X	
Eck Gerhard		X		Herrmann Joachim		X	
Eibl Manfred				Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Elling-Hüting Ute	X			Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eisenreich Georg	X			Hierneis Christian		X	
Enders Susann	X			Hiersemann Alexandra		X	
Enghuber Matthias	X			Hintersberger Johannes		X	
Fackler Wolfgang		X		Högl Petra			
				Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
				Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander			X
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			X
Stierstorfer Sylvia			X
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl			X
Streible Florian			X
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			X
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	74	93	0